

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
pd@sk.so.ch
parlament.so.ch

K 0248/2025 (FD)

Kleine Anfrage Fraktion SVP: Finanzielle Auswirkungen des vorgesehenen Vertragspakets (EU-Unterwerfungsvertrag) Schweiz-EU auf den Kanton Solothurn (12.11.2025)

Das Vernehmlassungsverfahren zum Vertragspaket Schweiz–EU (EU-Unterwerfungsvertrag) wurde am 31. Oktober 2025 abgeschlossen. Dieses Vertragspaket umfasst mehrere neue und angepasste bilaterale Abkommen, darunter institutionelle Elemente mit dynamischer Rechtsübernahme und EU-naher Governance-Struktur und hat erhebliche finanzielle und administrative Auswirkungen, auch auf den Kanton Solothurn. Während die aussen- und wirtschaftspolitische Dimension breit diskutiert wird, fehlt bis heute eine konkrete Analyse der kantonalen Kostenfolgen. Die Stellungnahme des Regierungsrats vom 28. Oktober 2025 anerkennt zwar personelle und finanzielle Auswirkungen, bleibt jedoch ohne Quantifizierung, ohne Szenarien und ohne Aussage zur konkreten Tragweite für unseren Kanton.

Die vorgesehene dynamische Rechtsübernahme führt zu einer dauerhaften Zunahme von Vollzugs-, Kontroll- und Anpassungspflichten. Insbesondere im geplanten gemeinsamen Lebensmittelsicherheitsraum ist mit erheblichen Mehrbelastungen bei Personal, Inspektionen, Laborleistungen, IT und Berichtswesen zu rechnen. Diese Kosten fallen primär bei den Kantonen an, während der Bund über die inhaltliche Rechtsetzung verfügt.

Zudem birgt die Möglichkeit sogenannter «Ausgleichsmassnahmen» bei Rechtsdifferenzen ein fiskalisches Risiko für den Standort Solothurn, da negative Effekte auf exportorientierte Unternehmen auch das kantonale Steuersubstrat und die Beschäftigung treffen können. Der Regierungsrat blendet diese indirekten Wirkungen vollständig aus.

Vor diesem Hintergrund ist es unerlässlich, dass der Kanton vollständige Transparenz über alle potenziellen finanziellen Belastungen erhält. Solange keine rechtsverbindliche Zusicherung des Bundes besteht, wonach die Kantone für neue Verpflichtungen vollumfänglich entschädigt werden, droht Solothurn in eine finanzielle Mitverantwortung ohne Einflussmöglichkeit zu geraten. Eine sachgerechte parlamentarische Meinungsbildung setzt eine solche Offenlegung zwingend voraus.

Der Regierungsrat wird eingeladen, nachfolgende Fragen im Zusammenhang mit den finanziellen Auswirkungen des vorgesehenen Vertragspakets (EU-Unterwerfungsvertrag) zwischen der Schweiz und der Europäischen Union auf den Kanton Solothurn zu beantworten:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat – gestützt auf die bisher bekannten Eckpunkte des vorgesehenen Vertragspakets (EU-Unterwerfungsvertrag) – die möglichen direkten und indirekten finanziellen Auswirkungen für den Kanton Solothurn (Personal-, IT-, Kontroll- und Berichtskosten) im Falle einer späteren Umsetzung?
2. Mit welchen finanziellen und personellen Aufwendungen wäre voraussichtlich zu rechnen, falls kantonale Gesetze, Verordnungen oder Vollzugsrichtlinien an künftig dynamisch zu übernehmende EU-Vorschriften angepasst werden müssten?
3. Welche einmaligen oder wiederkehrenden Kosten könnten sich aus der Implementierung und dem späteren Vollzug neuer EU-Regelwerke ergeben (z. B. Schulung, Digitalisierung, Aufsicht, interne Prozesse)?
4. Geht der Regierungsrat davon aus, dass der Bund im Fall einer Inkraftsetzung des Vertragspakets sämtliche kantonale personelle wie auch finanzielle Mehraufwände vollständig kompensieren würde, zumal aktuell auf Bundesebene ein Sparpaket geschnürt (Entlastungspaket 27) und die Aufgabenverteilung überprüft wird?

5. Welche finanziellen Belastungen könnten für Solothurner Unternehmen durch zusätzliche regulatorische Anforderungen entstehen, und inwiefern könnten solche Anpassungskosten langfristig die Standortattraktivität oder den Steuerertrag des Kantons beeinträchtigen?
6. Wie beurteilt der Regierungsrat die Möglichkeit, dass künftig entstehende Vollzugskosten oder Bundeskompensationen im Rahmen des Finanzausgleichs (NFA) berücksichtigt werden müssten und dadurch die Nettoposition des Kantons Solothurn beeinflusst werden könnte?
7. Welche finanziellen Konsequenzen wären für die Gemeinden denkbar und welche Vorkehrungen könnte der Regierungsrat treffen, um allfällige Mehrbelastungen frühzeitig zu begrenzen?
8. Prüft der Regierungsrat bereits heute, ob für den Fall einer späteren Inkraftsetzung des Abkommens finanzielle Rückstellungen angezeigt wären, um unvorhergesehene Zusatzkosten abzufedern?
9. Beabsichtigt der Regierungsrat, ein Monitoring- oder Berichtsverfahren aufzubauen, um mögliche finanzielle und administrative Auswirkungen des Vertragspakets auf kantonaler Ebene frühzeitig zu erkennen und dem Parlament regelmässig Bericht zu erstatten?

Begründung 12.11.2025: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: Läng Adrian, Borner Matthias, Burger Marco, Dick Markus, Fischer Tobias, Frey Thomas, Jacomet Pascal, Jeker Silvio, Kiefer Robin, Künzli Beat, Meppiel Andrea, Ritschard Stephanie, Ruchti Werner, Stärkle Diana, von Arx Thomas, Wenger Thomas, Winistörfer Marc (17)